

Rechtsextreme auf Wahlkampftour

BW 27.10.15

Aktivisten schüren Ängste bei Info-Veranstaltungen des Landkreises / Neues Asyl in Heildelsheim

Von unserem Redaktionsmitglied
Daniel Streib

Bruchsal/Karlsruhe. Die Asylkrise wird von rechtsextremen Gruppierungen als Wachstumschance begriffen. Das zeigt sich immer deutlicher auch im Raum Bruchsal, wo nun die von Verfassungsschützern als rechtsextrem und neonazistisch eingestufte Partei „Die Rechte“ auf Stimmenfang geht.

Bei der jüngsten Bürgerinformationsveranstaltung in Heildelsheim, anlässlich der bevorstehenden Belegung des ehemaligen „Praktiker“-Baumarktes mit bis zu 500 Asylsuchenden, waren nicht nur rund 500 Heildelsheimer und Helmsheimer mit ihren berechtigten Fragen und Sorgen in die Sporthalle nach Heildelsheim gekommen, sondern auch ein paar Auswärtige, die sich lebhaft an der Bürgerfragerunde beteiligten. Darunter eine Gruppe jüngerer Leute, eigenen Angaben zufolge aus Karlsruhe. Teilweise mit Bomberjacken bekleidet, fielen sie weniger durch Fra-

gen an die Fachleute von Landratsamt, Stadtverwaltung und Polizei auf, als durch fremdenfeindliche Erklärungen und das Schüren von Ängsten. Etwa dadurch, dass sie die offiziellen Angaben zu polizeilichen Fallzahlen in Zweifel zogen und düstere Szenarien über den „Asylterror“ entwarfen. In einer Pressemitteilung der Stadt Bruchsal zur Info-Veranstaltung heißt es dazu, diese auswärtigen Besucher hätten „Stimmung gegen Flüchtlinge“ gemacht. Und weiter: „Dies wurde schließlich durch den Moderator Wolfgang Müller unterbunden und auch das Saalpublikum hat hier entgegengewirkt.“

Der Vorfall in Heildelsheim ist kein Einzelfall, wie ein Polizeiverantwortlicher der Rundschau sagte. Auch bei anderen Bürgerinformationsveranstaltungen in der Region habe man ähnliche Aktionen bereits beobachtet, wo sich Aktivisten unter die Bürger mischen

und mit Falschbehauptungen ganz offensichtlich Angst und Ablehnung stärken wollen. „Die nehmen jedes Mal ein paar schwankende Bürger mit“, so der Polizist über seine Wahrnehmung.

Dabei ist die Lage ohnehin schon alles andere als rosig. Gegenwärtig geht das Landratsamt davon aus, dass bis zum Jahresende rund 10 000 Flüchtlinge unterzubringen sind, rund 1 000 davon in

Gemeinschaftsunterkünften in Bruchsal, so die Stadtverwaltung.

Derzeit sind in den Bruchsaler Gemeinschaftsunterkünften insgesamt rund 500 Personen untergebracht.

Laut Wolfgang Ams habe das Polizeirevier Bruchsal diesbezüglich in den vergangenen Monaten rund 74 Vorgänge bearbeitet. Das sei eine moderate Quote, so Revierleiter Ams in Heildelsheim und verwies darauf, dass es sich dabei fast ausschließlich um Probleme innerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte, wie

Bruchsaler Polizei der Lüge bezichtigt

Diebstahl und Streitigkeiten, handeln würde. Knut Bühler, erster Landesbeamter beim Landratsamt, erklärte: „Viele Flüchtlinge sind selbst schutzbedürftig. Die Menschen wollen uns nichts Böses. Das kann ich aus der Praxis bestätigen.“ 20 Hauptamtliche des Landkreises sind für die Betreuung der Menschen in der Heildelsheimer Einrichtung vorgesehen. Darüber hinaus hoffe man auf die Unterstützung von Ehrenamtlichen, so die Ortsvorsteherinnen Inge Schmidt (Heildelsheim) und Tatjana Grath (Helmsheim).

Unterdessen hat „Die Rechte“ eine Erklärung zu der Veranstaltung veröffentlicht, in der die Bruchsaler Polizei der „Lüge“ bezichtigt wird und die Verantwortlichen des Landratsamtes „Wahrheitsverdreher“ geheißen werden.

Auf Info-Ständen, auch in Heildelsheim, wirbt der Landesverband der 2012 von ehemaligen DVU-Leuten gegründeten Kleinpartei, nun um Unterschriften für die Zulassung zur Landtagswahl am 13. März nächsten Jahres.